

**Sevim Dağdelen**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

K (030) 227 – 71352

M (030) 227 – 76852

ξ [sevim.dagdelen@bundestag.de](mailto:sevim.dagdelen@bundestag.de)

## **Rede auf der Kundgebung des Essener Friedensforums**

**Essen, den 19. März 2011**

---

### **"Nein zum Krieg gegen Libyen!"**

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

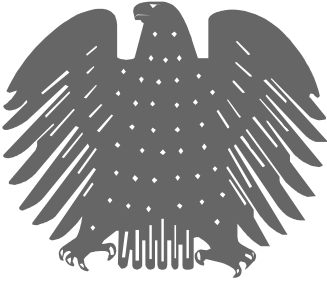
vorgestern Nacht wurde vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein neuer Kolonialkrieg beschlossen. Der UN-Sicherheitsrat hat jedem Mitglied die Ermächtigung zum Krieg gegen Libyen erteilt. Neben einer Flugverbotszone wurde die flächendeckende Bombardierung der Truppen von Gaddafi und der Einsatz von ausländischen Bodentruppen auf libyschem Gebiet genehmigt.

**DIE LINKE lehnt diesen Krieg und seine Ermächtigung ab!**

Die Vereinten Nationen wurden wiederholt als Instrument zur Rechtfertigung militärischer Maßnahmen westlicher Staaten missbraucht. Das ist bei den hegemonialen Machtverhältnissen der internationalen Außenpolitik keine Überraschung. Was mich überrascht ist das Versagen der Weltöffentlichkeit. Trotz des völkerrechtswidrigen Überfalls auf Jugoslawien, trotz der Eskalation der Gewalt in Afghanistan und dem lodernden Bürgerkrieg im Irak, scheint man in Bezug auf die Praxis der Instrumentalisierung der Menschenrechte nichts dazu gelernt zu haben.

Unter Berufung auf den Schutz der Zivilbevölkerung und der Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden heute mit großer Wahrscheinlichkeit neue Kriegsverbrechen verübt. Dafür werden die Kriegführenden Staaten nicht zur Verantwortung gezogen. Auch in der Vergangenheit mussten sich westliche Staatenvertreter nie vor internationalen Gerichten verantworten. Auch die in Deutschland, durch engagierte Rechtsanwälte eingereichten Klagen, wegen deutschen Kriegsverbrechen in Afghanistan oder Folter in Abu Ghraib wurden von den zuständigen Staatsanwaltschaften eingestellt. Menschenrechte, demokratische Teilhabe und Universalität sollen nämlich nur für Europa und Nordamerika gelten. An völkerrechtliche Verträge und Normen sollen sich dagegen immer nur „die Anderen“ halten. Und es sind die Regierungen europäischer Länder, die entscheiden, wann Menschenrechte verletzt wurden oder nicht.

Ich habe noch immer die Video-Aufzeichnungen von der Ermordung eines irakischen Vaters und seiner Kinder vor Augen, die Dank der Enthüllungsplattform WikiLeaks veröffentlicht wurden. Es ist die Aufzeichnung eines Kriegsverbrechens der US-Armee bei dem ausschließlich Zivilisten sterben, insbesondere Kinder. Doch für die intervenierenden Staaten gelten seit Jahren andere



**Sevim Dağdelen**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

K (030) 227 – 71352

M (030) 227 – 76852

ξ [sevim.dagdelen@bundestag.de](mailto:sevim.dagdelen@bundestag.de)

## **Rede auf der Kundgebung des Essener Friedensforums**

**Essen, den 19. März 2011**

---

Regeln: Immunität vor Strafverfolgung und die Legitimierung von Verbrechen unter Berufung auf Menschenrechte.

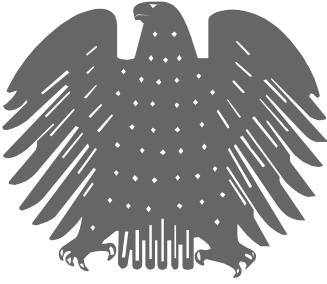
Jugoslawien, Afghanistan, Irak und jetzt Libyen. Es muss Schluss sein mit dieser Heuchelei!

Die Ermächtigung eben dieser kriegswilliger Staaten durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nach Kapitel VII UN-Charta in Libyen „zum Schutz der Zivilbevölkerung“ Krieg zu führen ist ein weiterer Schritt in Richtung der Selbstaflösung der Vereinten Nationen. Es ist ein Zeichen der weit fortgeschrittenen Militarisierung der Außenpolitik. Zwar schließt die Resolution 1973 die Besetzung libyschen Staatsgebietes durch ausländische Bodentruppen ausdrücklich aus, doch gerade dabei werden die tatsächlichen Motive der Intervention deutlich.

Und ich frage Sie, wie sollen Zivilisten oder von Zivilisten bewohnte Gebiete durch Jagdbomber oder durch von U-Booten abgeschossene Marschflugkörper geschützt werden? Nicht die Sicherheit der Zivilbevölkerung oder die Unterstützung eines demokratischen Aufbruchs steht hier im Vordergrund, sondern der Versuch Libyen durch Anheizung eines Bürgerkrieges in zwei Teile zu spalten. Eine Flugverbotszone zum Schutz der Zivilbevölkerung ist schlicht illusorisch. Ihre Einrichtung dient, wie auch schon bei vergangenen Kriegen in Bosnien-Herzegowina oder Irak, allein dem Zweck, die militärische Unterlegenheit einer Konfliktpartei aufzustützen und damit den Ausgang eines Bürgerkrieges, im Hinblick auf die Sicherung eigener politischer und wirtschaftlicher Interessen, zu entscheiden.

Den USA, der EU und ihren Mitgliedsstaaten galten die autoritären Regime in Nordafrika bislang als Garanten der Stabilität, als Verbündete im so genannten „Krieg gegen den Terror“ oder im Kampf gegen die sogenannte illegale Migration oder bei der Sicherung von Ressourcen wie Öl oder Gas. Sie ließen über Jahrzehnte den Diktatoren freie Hand bei der Unterdrückung der Opposition und unterstützten diese mit Waffen. Deutsche Behörden rüsteten Gaddafi tatkräftig aus, unter anderem durch Lieferungen von Abschuss-Anlagen für Panzerabwehrraketen des Typs "Milan 3". Die Bundesregierung von CDU/CSU und SPD hat den libyschen Diktator in den Jahren 2006- 2009 mit Rüstungsexporten von über 86 Millionen Euro aufgerüstet und damit den Krieg gegen die eigene Bevölkerung für Gaddafi erst ermöglicht. Nun werden Sie ihren eigenen Waffen gegenüberstehen.

Auf der Empfängerliste einer solchen „deutschen Menschenrechtshilfe“ stehen auch Tunesien, Ägypten, Algerien, Jordanien und Jemen, die in den letzten fünf Jahren polizeiliche Ausstattungshilfe durch das Bundeskriminalamt erhalten haben. Jemen, Tunesien und Marokko erhielten zusätzlich militärische Ausstattungshilfe, in deren Rahmen auch Militärberater und Militärberaterinnen der Bundeswehr die jeweiligen Streitkräfte unterstützten. Gegenüber Ägypten



**Sevim Dağdelen**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

K (030) 227 – 71352

M (030) 227 – 76852

ξ [sevim.dagdelen@bundestag.de](mailto:sevim.dagdelen@bundestag.de)

## **Rede auf der Kundgebung des Essener Friedensforums**

**Essen, den 19. März 2011**

---

wurde im Januar 2009 ein umfangreiches Programm zur "Beratung, Ausbildung und Ausstattungshilfe" für die Grenzsicherung durch die Armee in Aussicht gestellt, welche auch die „systematische Überwachung des Hinterlands" ermöglichen sollte. Soldaten der tunesischen, ägyptischen und der algerischen Streitkräfte wurden an der Führungsakademie und anderen Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr fortgebildet. Im letzten Rüstungsexportbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2009 finden sich Algerien, Tunesien, Ägypten und Jemen als Empfänger konventioneller deutscher Rüstungsexporte.

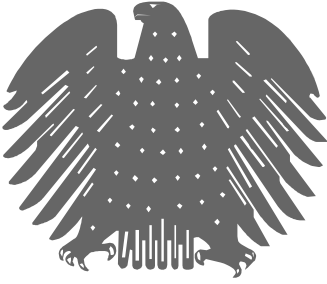
Deutsche Waffen morden in aller Welt. Es muss Schluss sein mit dem Geschäft mit dem Tod! DIE LINKE fordert das Verbot von Rüstungsexporten!

Auch deshalb verurteile ich entschieden die Sicherheitsresolution, die einem internationalen Krieg in Libyen den Weg ebnet. Eine Flugverbotszone bedeutet nichts anderes, als dass die NATO oder eine "Koalition der Willigen" sich in einen weiteren Krieg im arabischen Raum stürzt. Einen Krieg, der ihre Kapazitäten vollends überschreiten wird und deshalb noch grausamer werden wird als alles was wir bislang erlbt haben. Ein solcher Krieg ist auch geeignet, das Verhältnis zwischen westlicher und arabischer Welt weiter zu verschlechtern. Die Aufstände in Tunesien und Ägypten und auch die ersten zivilen Proteste und Demonstrationen in Libyen haben allen vor Augen geführt, dass die Menschen in arabischen Ländern ebenso - und teilweise noch mutiger - nach Würde, sozialen Rechten und Demokratie streben, wie die Bevölkerung des Westens. In der militärischen Eskalation steckt eine große Gefahr nicht nur den Ruf nach demokratischem Wandel in Libyen, sondern auch die Demokratiebewegungen in Tunesien und Ägypten zum Schweigen zu bringen. Im Schatten eines Krieges in Libyen, der schnell auf andere Länder übergreifen kann, lauert die Gefahr, dass sich in der Region erneut autoritäre Regime etablieren können.

Durch eine Flugverbotszone kann dem Blutvergießen in Libyen kein Ende setzen. Eine Flugverbotszone setzt voraus, dass die gegnerische Luftabwehr außer Gefecht gesetzt wird und damit Bombardierungen vorgenommen werden, die stets auch die Zivilbevölkerung treffen werden. Das oberste Prinzip eines jeden Krieges ist die Vermeidung eigener Verluste, da sonst ein solcher Einsatz auch nicht lange gegenüber den Bevölkerungen der beteiligten Staaten durchzuhalten wäre. Immer dann, wenn parlamentarische Demokratien Kriege führen, stellen sie auch den Schutz der eigenen Soldaten letztlich über den Schutz der Zivilbevölkerung.

Dieser Krieg wird noch mehr Blutvergießen fordern und noch mehr Tod, Leid und Zerstörung über Libyen bringen.

Und diejenigen, die derzeit einen bewaffneten Aufstand in Libyen führen, haben es letztlich Gaddafi erleichtert, mit äußerster Härte gegen all jene vorzugehen, die friedlich für einen



**Sevim Dağdelen**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

K (030) 227 – 71352

M (030) 227 – 76852

ξ [sevim.dagdelen@bundestag.de](mailto:sevim.dagdelen@bundestag.de)

## **Rede auf der Kundgebung des Essener Friedensforums**

**Essen, den 19. März 2011**

---

demokratischen Wandel eingetreten sind. Diese Stimmen sind mittlerweile verstummt. Es sind nur noch jene zu hören, die einen Krieg führen und dessen Internationalisierung fordern.

Einige arabische Länder in der Region haben erklärt, sich an dem Krieg gegen Libyen zu beteiligen. Darunter auch Katar. Ein Land, was im letzten Jahr mit Waffen im Wert von 1,3 Millionen Euro von Deutschland ausgestattet wurde. Und auch Saudi-Arabien macht im Krieg gegen Libyen mit. Saudi-Arabien wurde seit Jahren von Deutschland mit Waffen und Rüstungsgütern und sogar einer Waffen- und Munitionsfabrik ausgestattet.

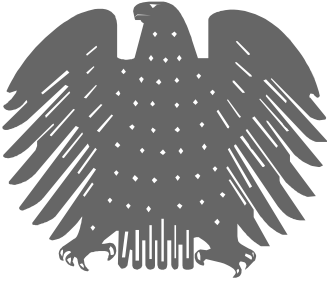
Können wir also den kriegswilligen Staaten des Westens glauben, wenn sie sagen, sie führten für Menschenrechte Krieg, wenn sie andererseits mit willfährigen Diktatoren und Autokraten zusammenarbeiten? Nein! Entlarven wir ihr Geschwätz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit!

Sie unterstützen noch die schlimmsten Menschenrechtsverletzer. Sie haben nicht einmal mit der Wimper gezuckt, als Saudi-Arabien mit Soldaten und Panzern in Bahrain einmarschierte, um die friedlichen Proteste für Freiheit und Demokratie in Bahrain niederzuschlagen. Es ist ihnen keinen Protest wert, dass im Jemen 50 Menschen darunter ein Journalist beim Protest gegen den Diktator Saleh getötet wurden. Solidarität mit den Menschen in der arabischen Welt, die unter der Bedrohung ihrer Gesundheit und ihres Lebens den Mut gefasst haben, um gegen diese Systeme aufzustehen, ist hier und heute aktiv zu werden. Gegen die Unterstützung von Diktatoren und gegen diesen neuen Krieg.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wo alle dasselbe rufen, ist Skepsis angebracht. Medien und zivilgesellschaftliche Netzwerke verkennen die Konsequenzen des anstehenden Krieges. Sie verkennen auch die geopolitischen Interessen des Westen. Ein neuer, langer Krieg um die Kontrolle eines rohstoffreichen Landes sowie die Verschärfung des vermeintlichen Konflikts zwischen „westlichen Demokratien“ und „arabischer Welt“, einschließlich einer Ausweitung des sogenannten „Krieges gegen den Terror“, kommen den Hoffnungen einiger neokonservativer Hardliner durchaus entgegen. Durch militärische Gewalt werden Demokratiebewegungen im arabischen Raum zum Schweigen gebracht. Die Internationalisierung des Bürgerkrieges in Libyen ist der Anfang vom Ende des demokratischen Aufbruchs in arabischen Ländern.

Auch die gestrige Debatte im Bundestag im Zusammenhang mit der Regierungserklärung zur Entwicklung in Libyen hat deutlich gemacht, dass Forderungen zur Unterstützung von



**Sevim Dağdelen**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

K (030) 227 – 71352

M (030) 227 – 76852

ξ [sevim.dagdelen@bundestag.de](mailto:sevim.dagdelen@bundestag.de)

## **Rede auf der Kundgebung des Essener Friedensforums**

**Essen, den 19. März 2011**

---

Friedenskräften in Libyen sich „in offenem Gegensatz zu unser Zeit befinden“ wie es Tucholsky einst formulierte. Und es ist eine Schande in diesem Zusammenhang, dass die SPD und Bündnis90/Die Grünen ihre kriegstreiberische Politik weiterführen und ein FDP-Minister sich gegenüber den Forderungen nach einem Kriegseinsatz von SPD und Grünen rechtfertigen muss. Die SPD, die jahrzehntelang den tunesischen Diktator Ben Ali und den ägyptischen Diktator Mubarak noch bis kurz vor ihrem Sturz unterstützte. Und noch heute die Könige aus Marokko, die Prinzen aus Saudi-Arabien unterstützt.

Es ist höchste Zeit endlich umzukehren. Nicht weiter die Hand im Bundestag für Krieg und weltweite politische Unterdrückung zu heben. Gegen die große Mehrheit der Bevölkerung. Denn die Mehrheit der Bevölkerung will keinen Krieg in Libyen.

Nein zu einem neuen Krieg was mehr Tote, mehr Leid, mehr Zerstörung anrichten wird!

Die Bundesregierung ist aufgefordert jedwede Kriegsbeteiligung abzulehnen und im NATO- und EU-Rat gegen den Krieg und gegen die Nutzung der Strukturen der NATO oder EU durch eine "Koalition der Willigen" zu stimmen. Bundeskanzlerin Merkel ist jetzt auf dem Weg nach Paris zum Sondergipfel. Sie muss ihren Worten nach "keiner deutscher Kriegsbeteiligung" Taten folgen lassen. Das heißt, diesen Krieg weder direkt noch indirekt durch die Aufstockung des deutschen Einsatzes in Afghanistan, um Kapazitäten für die Kriegführenden Staaten zu schaffen.

Deutschland darf auch nicht Drehscheibe für diesen Krieg gegen Libyen werden. Deutschland darf keine Nutzererlaubnis für die britischen und amerikanischen Militärbasen geben.